

Interfraktioneller Antrag

öffentlich

Datum

17.11.2005

Nummer

A0208/05

Absender

Fraktionen Die Linkspartei.PDS, CDU und SPD

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Herrn Ansorge

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

01.12.2005

Kurztitel

Frühestmögliche Einbeziehung der Gemeinwesenarbeitsgruppen
(GWA) in Projekte der Stadtteilentwicklung

Der Stadtrat möge beschließen:

Ab sofort sind alle stadtteilbezogenen Vorhaben und Projekte, die die Arbeit der Gemeinwesenarbeitsgruppen (GWA) hinsichtlich ihres jeweiligen planerischen Zuständigkeitsbereiches betreffen können, frühzeitig zu prüfen und dementsprechend rechtzeitig einzubringen (analog dem für Kinder-, Senioren- und Behindertenbeauftragten üblichen Verfahren), um auch eine frühestmögliche Beteiligung der konkret vor Ort lebenden Einwohnerinnen und Einwohner an ihrer Stadtteilentwicklung und zwar noch vor endgültigem Abschluss des jeweiligen Planungsprozesses etwaiger Vorhaben zu ermöglichen.

Begründung:

Seit Beginn der Aufnahme ihrer Arbeit im Jahre 1998 haben sich die einzelnen Gemeinwesenarbeitsgruppen aktiv an der Gestaltung der Lebensbedingungen im jeweiligen Stadtteil beteiligt und sind in zunehmendem Maße zu einem verlässlichen Partner geworden. Viele Aktivitäten, insbesondere auch der jüngeren Vergangenheit, wie bspw. die Aktion „Magdeburg putzt sich“ wären ohne die tatkräftige Unterstützung der Gemeinwesenarbeitsgruppen kaum denkbar und erfolgreich umsetzbar gewesen. Das bestätigt in weit ausführlicherem Maße auch die I0138/05.

Dennoch ist es der Stadtverwaltung mitunter bedauerlicherweise nicht immer gelungen, einzelne die Stadtteilentwicklung betreffende Projekte rechtzeitig in den Kreis der jeweiligen GWA einzubringen und dort zu einem Zeitpunkt zur Diskussion zu stellen, der eine

durchaus wünschenswerte kreative und ideenreiche Einflussnahme der Einwohnerinnen und Einwohner vor Ort ermöglicht hätte und sorgte dementsprechend für Unmut (Bsp.: Umgestaltung des Spielplatzes *Wormser Platz*, Neugestaltung des Ambrosiusplatzes). Um solche Negativbeispiele künftig zu vermeiden und statt dessen noch mehr bürgerschaftliches Engagement und größtmögliche Akzeptanz zu erreichen, bitten wir um Zustimmung zum Antrag.

Oliver Müller
Fraktion Die Linkspartei.PDS

Eberhard Seifert
CDU-Fraktion

Rainer Löhr
SPD-Fraktion